

Antrag auf Klärung der jeweiligen schriftlichen Kommunikationswege in der Satzung

Antragsteller: Lukas Ruge

Die Mitgliederversammlung möge in der Satzung verständlicher formulieren, welche Kommunikationswege genutzt werden und wo E-Mail eingesetzt werden kann.

Paragraf 5 (3), der in der aktuellen Fassung wie folgt lautet:

Eine Aufnahme in den Verein erfolgt auf schriftlichen Antrag. Aufnahmeanträge Minderjähriger bedürfen der Unterschriften ihrer gesetzlichen Vertreter. über die Aufnahme entscheidet der Vorstand. Der Beschluss wird dem Kandidaten **schriftlich oder mittels elektronischer Post** mitgeteilt. Der Vorstand kann den Aufnahmeantrag ohne Begründung ablehnen. Dagegen kann der Antragsteller die Mitgliederversammlung anrufen. Diese entscheidet endgültig.

soll geändert werden zu:

Eine Aufnahme in den Verein erfolgt auf schriftlichen Antrag. Aufnahmeanträge Minderjähriger bedürfen der Unterschriften ihrer gesetzlichen Vertreter. über die Aufnahme entscheidet der Vorstand. Der Beschluss wird dem Kandidaten **per E-Mail schriftlich** mitgeteilt. Der Vorstand kann den Aufnahmeantrag ohne Begründung ablehnen. Dagegen kann der Antragsteller die Mitgliederversammlung anrufen. Diese entscheidet endgültig.

Paragraf 6 (2), der in der aktuellen Fassung wie folgt lautet:

Der Austritt ist dem Vorstand **schriftlich** mitzuteilen. Er ist unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Quartals zulässig.

soll geändert werden zu

Der Austritt ist dem Vorstand **postalisch oder per E-Mail** schriftlich mitzuteilen. Er ist unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Quartals zulässig.

Sofern der Antrag auf Änderung der Austrittsfrist angenommen wird entfällt entsprechend der zweite Satz.

Paragraf 7 (5), der in der aktuellen Fassung wie folgt lautet:

Mitglieder sind verpflichtet Änderungen ihrer Mitgliedsdaten dem Vorstand vor Fälligkeit des Mitgliedsbeitrages mitzuteilen. Die Mitgliedsdaten umfassen: Name, Anschrift, E-Mail und Höhe des Mitgliedsbeitrags.

soll geändert werden zu

Mitglieder sind verpflichtet Änderungen ihrer Mitgliedsdaten dem Vorstand vor Fälligkeit des Mitgliedsbeitrages **per E-Mail** mitzuteilen. Die Mitgliedsdaten umfassen: Name, Anschrift, E-Mail und Höhe des Mitgliedsbeitrags.

Paragraf 14 (1), der in der aktuellen Fassung wie folgt lautet:

Mindestens einmal im Jahr soll die ordentliche Mitgliederversammlung stattfinden. Sie wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von vier Wochen schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung des Einladungsschreibens folgenden Tag. Das Einladungsschreiben gilt als dem Mitglied zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied dem Verein bekannt gegebene **Adresse** gerichtet ist. Die Tagesordnung setzt der Vorstand fest.

soll geändert werden zu

Mindestens einmal im Jahr soll die ordentliche Mitgliederversammlung stattfinden. Sie wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von vier Wochen schriftlich **per E-Mail** unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung des Einladungsschreibens folgenden Tag. Das Einladungsschreiben gilt als dem Mitglied zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied dem Verein bekannt gegebene **E-Mail-Adresse** gerichtet ist. Die Tagesordnung setzt der Vorstand fest.

Paragraf 14 (2), der in der aktuellen Fassung wie folgt lautet:

Außerordentliche Mitgliederversammlungen können beliebig oft stattfinden. Die Einberufung erfolgt schriftlich mit einer Frist von zwei Wochen. Der Grund für die außerordentliche Mitgliederversammlung ist in der Einladung anzugeben.

soll geändert werden zu

Außerordentliche Mitgliederversammlungen können beliebig oft stattfinden. Die Einberufung erfolgt schriftlich **per E-Mail** mit einer Frist von zwei Wochen. Der Grund für die außerordentliche Mitgliederversammlung ist in der Einladung anzugeben.

Paragraf 14 (3), der in der aktuellen Fassung wie folgt lautet:

Anträge zur Mitgliederversammlung können vom Vorstand und von ordentlichen Mitgliedern eingebracht werden. Sie müssen eine Woche vor der Versammlung dem Vorstand schriftlich mit Begründung vorliegen.

soll geändert werden zu

Anträge zur Mitgliederversammlung können vom Vorstand und von ordentlichen Mitgliedern eingebracht werden. Sie müssen eine Woche vor der Versammlung dem Vorstand schriftlich **per E-Mail** mit Begründung vorliegen.

Paragraf 18 (4), der in der aktuellen Fassung wie folgt lautet:

Ordnungen, die vom Vorstand erlassen werden, müssen den Mitgliedern mindestens 2 Wochen vor ihrem in Kraft treten schriftlich **oder** per E-Mail bekannt gemacht werden. Erklärt innerhalb von zwei Wochen nach Bekanntgabe der Ordnung ein Viertel aller ordentlichen Mitglieder dem Vorstand ihren Widerspruch zur Ordnung, so tritt diese nur nach Zustimmung der nächsten Mitgliederversammlung in Kraft.

soll geändert werden zu

Ordnungen, die vom Vorstand erlassen werden, müssen den Mitgliedern mindestens 2 Wochen vor ihrem in Kraft treten schriftlich per E-Mail bekannt gemacht werden. Erklärt innerhalb von zwei Wochen nach Bekanntgabe der Ordnung ein Viertel aller ordentlichen Mitglieder dem Vorstand ihren Widerspruch zur Ordnung, so tritt diese nur nach Zustimmung der nächsten Mitgliederversammlung in Kraft.

Die Hervorhebungen dienen ausschließlich der Erkennbarkeit der Änderung.

Begründung

Es soll klar erkennbar und verständlich gemacht werden, für welche Zwecke wir E-Mail verwenden und wo eine postalische Nachricht notwendig oder optional möglich ist. Hier ist die bisherige Satzung gelegentlich etwas uneindeutig und dies kann zu unterschiedlichen Interpretationen führen, die am besten vermieden werden sollten.

Redaktionelle Änderungen und Bewahrung der Gemeinnützigkeit

Der Vorstand wird zudem beauftragt notwendige Ergänzungen oder Änderungen bei der Satzung vorzunehmen, falls von Seiten des Registergerichts oder des Finanzamts aufgrund der in diesem Antrag bestimmten Änderungen Bedenken gegen die Eintragung bzw. gegen die weitere Anerkennung des Vereins als gemeinnützig vorgebracht werden. Diese Ermächtigung bezieht nicht auf sonstige Satzungsbestimmungen. Sofern diese notwendigen Änderungen über den hier abgestimmten Abschnitt der Satzung hinausgehen ist eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen.